

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 78.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 5 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 4. April.

89. Jahrgang.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltete Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1886.

### Die Woche.

Eine verhängnisvolle Wendung der inneren Politik des Deutschen Reiches ist durch die am Mittwoch im Reichstage erfolgte Zustimmung zu einer zweijährigen Verlängerung des Sozialistengesetzes glücklich vermieden worden. Zwei Jahre gehen zwar rasch vorüber, aber die Reichsregierung wird nach Ablauf dieser Frist sicher eine abermalige Verlängerung durchsetzen, wenn das Treiben der Anarchisten dieselbe so wie jetzt unerlässlich machen sollte. Zunächst wurden am Mittwoch die abschwächenden Windthorst'schen Anträge mit der geringfügigen Mehrheit von 11 Stimmen angenommen. Da dies aber nur eventuell geschah, gelangte darauf die Regierungsvorlage in der durch veränderten Fassung erst noch zur Abstimmung, wurde aber nun mit allen gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt. Die unveränderte Regierungsvorlage, welche eine Verlängerung des Sozialistengesetzes auf fünf Jahre enthielt, wurde ebenfalls verworfen, dafür fand aber der Antrag von Hertling's, der einfach auf zweijährige Verlängerung der Gültigkeit des Sozialistengesetzes lautete, mit 173 gegen 146 Stimmen Annahme. Die namentliche Abstimmung bei der dritten Lesung am Freitag lieferte fast dasselbe Ergebnis, welches fast allgemein große Befriedigung erweckt, weil dadurch die Reichsregierung die erwünschte Handhabe erhält, die deutsche arbeitende Bevölkerung auch fernerhin vor einer Beunruhigung durch anarchische Agitatoren wirksam zu schützen. Dies ist um so erfreulicher, als der Aufbruch der streikenden Arbeiter in Belgien, die englischen Sozialisten-Tumulte und die Aufregung in den französischen Grubenbezirken warnende Beispiele geliefert haben, welche die Gefahren der anarchischen Agitation hinreichend enthüllen. Der Nachhall der letzten Sozialistendebatten im deutschen Reichstage wird so bald nicht verklungen; die klaren Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Minister von Puttkamer einerseits und den Führern des linken Zentrums und der Sozialistenfraktion, Windthorst und Bebel, andererseits haben jedenfalls den politischen Horizont der inneren deutschen Politik bedeutend geklärt. Wenn Abg. Windthorst den Berliner Belagerungszustand ausdrücklich nur deshalb aufrecht erhalten zu wollen erklärte, um die Person des greisen deutschen Kaisers zu schützen, nachdem dieser ausdrücklich erklärt hatte, daß er die Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht seiner Person wegen, sondern im Interesse der Allgemeinheit dringend wünsche, mußte dies einen mindestens eigentümlichen Eindruck machen. Ebenso zweifelhaft erschien die Haltung des Abg. Bebel, der mit moralischer Entrüstung die Beschuldigung des Fürsten Bismarck zurückwies, den Fürstenmord gebilligt zu haben, andererseits solche Thaten aber durch geschichtliche Vorgänge vergangener Zeiten zu entschuldigen suchte und den Vandalismus der belgischen Streikenden eifrig beschönigte. Während es aber dem Fürsten Bismarck glücklich gelang, das Sozialistengesetz für zwei Jahre unter Dach und Fach zu bringen, scheint dessen Plan zu scheitern, über Herrn Windthorst hinweg den Frieden zwischen Preußen und dem Vatikan abzuschließen. Die von dem Bischof Kopp von Fulda in der kirchenpolitischen Kommission des preussischen Herrenhauses abgegebenen Erklärungen ließen deutlich erkennen, daß die römische Kurie, trotz aller Zugeständnisse der preussischen Regierung, nicht gesonnen ist, die Anzeigepflicht anzuerkennen. In Folge dieser unerfreulichen Kundgebung des persönlich als friedfertig bekannten Bischofs wurden dessen kirchenpolitische Anträge von der Kommission abgelehnt und scheint die Geduld der preussischen Regierung sowie des Herrenhauses nun vollständig erschöpft. Der Gesandte bei dem Vatikan, von Schölzer, wurde nach Berlin zurückberufen und dürften die Verhandlungen bis auf Weiteres abgebrochen sein. Selbst die bisher stets für den Ausgleich mit Rom eingekommene hochkonservative „Neue Preussische Zeitung“ sagt, die römische Kurie wolle nur die preussische Regierung ihre Waffen zerbrechen lassen, ihre eigenen aber weiter bereit halten.

Wie sich bei der Budgetdebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus unzweideutig herausstellte, hat das Ministerium Taaffe an dem neuen Unterrichtsminister von Gautsch eine sehr tüchtige parlamentarische Kraft gewonnen. Dieser schlagfertige Minister beantwortete bei der Berathung des Etats des Kultus und des Unterrichts mit einer auf der österreichischen Ministerbank selten gewordenen Bereitwilligkeit alle zu seinem Ressort gemachten verschiedenartigen

Bemerkungen. Daß er einem Redner des tschechischen Klubs, Abg. Adamský, ausnahmsweise nur geringe Beachtung schenkte, gefiel der Linken nicht wenig, verstimmte dagegen die Exzellenz ungemein. Die Energie, mit der der Minister erklärte, sich von keiner Partei drängen lassen zu wollen, berührte die liberalen Fraktionen um so angenehmer, als sie daraus die Hoffnung schöpften, daß von Gautsch eben so wenig wie sein Vorgänger, Baron Conrad, bereit sein werde, den ungestüm ihre Forderungen wiederholenden Klerikalen die freihetlichen Erziehungsaufgaben auf dem Gebiete des Unterrichtswesens aufzuopfern.

Mit rücksichtsloser Energie hat der belgische General van der Smiffen die empörten Streikenden in Belgien zu Paaren getrieben und die Ordnung fast überall wieder hergestellt. Die Zahl der Todten und Verwundeten unter den von den Anarchisten gehegten Arbeitern soll eine sehr bedeutende sein; der durch die vandalische Zerstörungswuth der letzteren angerichtete Schaden beziffert sich auf mehrere Millionen. Der General verlegte sein Hauptquartier von dem gänzlich beruhigten Charleroi nach Mons, wo die Arbeiter neuerdings mit einem Streik drohten, wenn sie nicht bei achtstündiger Arbeitszeit vier Franks Lohn erhalten, was als eine ganz unerfüllbare Forderung erscheint. In den Steinbrüchen von Coussines wurden die Arbeiter wieder aufgenommen. Die dortigen Arbeiter erkennen vernünftiger Weise an, daß die verlangte Aufbesserung der Löhne in diesem Augenblicke unmöglich sei. In Tourmay sind keine neuen Unordnungen vorgekommen. In der Nacht zum Donnerstag brach eine Feuerbrunst in der Kohlenzeche Deltoure aus, welche jedoch rechtzeitig entdeckt und gelöscht wurde. Die Weiterer verjuchten in der Kohlenzeche bei Mariemont, Cronsfeld, das Haus des Direktors mit Dynamit zu sprengen, was jedoch nicht gelungen ist. Im Ganzen gilt die Gefahr des Aufbruchs der Streikenden bereits als beseitigt, wenn auch einzelne Ausbrüche noch vorkommen können.

Von der französischen Regierung wurde nicht nur die in Paris beabsichtigte Versammlung belgischer Republikaner untersagt, sondern auch angeordnet, die Veranlasser über die französische Grenze zu schaffen und jedes Ueberschreiten der letzteren seitens sich derselben nähernden belgischen Streikenden durch eine dajelbst konzentrierte Truppenmacht wirksam zu verhindern. Derartige Maßnahmen erschienen um so nöthiger, als in Frankreich selbst der Streik von Decazeville nicht nur andauert, sondern sich immer ernster gestaltet und jetzt auch auf Crazeac und das ganze Kohlenbecken im Departement Gard auszudehnen droht. — Der französische Finanzminister Sadi Carnot hielt am Mittwoch in der Budgetkommission den von ihm aufgestellten Plan in Betreff des Gesamtbudgets und der Anleihe aufrecht und erklärte, er werde denselben vor der Kammer vertreten. Der Minister deutete dabei an, daß er zurücktreten wolle, wenn sein Plan nicht angenommen werden sollte. Nach längeren Beratungen nahm die Kommission am Donnerstag endlich einen Vorschlag des Konseilspräsidenten Freycinet an, wonach nicht 1000, sondern nur 900 Millionen Franks dreiprozentiger Rente auszugeben werden sollen, von denen die Sparrassen 400 Millionen zu übernehmen haben, 500 Millionen aber durch öffentliche Zeichnungen aufgebracht werden. Wahrscheinlich wird dieses Uebereinkommen auch die Billigung der Deputirtenkammer finden, aber dann entschieden dazu beitragen, die riesige Schuldenlast Frankreichs noch erheblich zu vermehren, deren Verzinsung schon jetzt dem erschöpften Lande nicht geringe Schwierigkeiten verursacht.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die in der zweiten Aprilwoche im englischen Unterhause bevorstehende Abstimmung über die irische Regierungsbill das Schicksal des Kabinetts Gladstones entscheiden werde. Inzwischen macht der mit dem Rücktritt der Staatssekretäre Chamberlain und Trevelyan begonnene Zerlegungsprozeß im liberalen Ministerium sichtlich weitere Fortschritte, da auch Lord Kimberley, der Minister für Indien, der Vaukenminister Carl Morley und Jesse Collings, der Unterstaatssekretär im Lokal-Regierungsamte, ihre Entlassung einzureichen gedenken. Für die Kolonialpolitik Gladstones ist der Widerstand der australischen Regierungen gegen die mit Frankreich über die Neuen Hebriden getroffene Vereinbarung verhängnisvoll. Die auswärtige Politik wird durch die griechischen Kriegsgelüste, sowie durch die vermehrte Feindseligkeit erschwert, welche Rußland gegen England in der bulgarischen

Angelegenheit und bei der afghanischen Grenzregulirung kundgibt. Die jetzige Lage der englischen Staatsleitung ist demnach eine sehr sorgenvolle.

Die am Mittwoch erfolgte Abreise des russischen Kaiserpaars nach Südrußland wird vielfach mit den dortigen militärischen Vorbereitungen in Verbindung gebracht. Den Mittheilungen der russischen Blätter über die letzteren und über eine bevorstehende Besetzung Bulgariens wird um so mehr Beachtung geschenkt, als die russische Zensur in dieser Frage für ziemlich scharf gilt.

Alle Bemühungen der Pforte und der übrigen Mächte, den Fürsten von Bulgarien zur Nachgiebigkeit in der ostrumelischen Frage zu bestimmen, blieben bis jetzt fruchtlos. Auch die Ankündigung, daß in jedem Falle die Konferenz in den nächsten Tagen schon in Konstantinopel zusammentreten soll, um mit dem Fürsten Alexander oder ohne ihn das bulgarische Abkommen zu genehmigen, ist von geringer Glaubwürdigkeit, so lange nicht die sehr gegründeten Zweifel an der Uebereinstimmung der Mächte beseitigt sind.

In der griechischen Frage ist eine friedliche Lösung dadurch erschwert worden, daß sich Rußland und Italien von den übrigen Mächten zu trennen und die griechischen Ansprüche zu begünstigen scheinen, wogegen Gladstone wie sein Vorgänger Salisbury daran festhält, daß man die vermessene Thorheit der Griechen den lange verhäuteten Streit im östlichen Europa nicht beschleunigen lassen dürfe. Die Londoner „Times“ meint, es sei hohe Zeit, daß nicht nur der hellenischen Regierung, sondern auch dem griechischen Volke klar gemacht werde, sie könnten dem Willen Europas nicht ungestraft trotzen.

Wiederum tobt in einem südamerikanischen Freistaate ein blutiger Bürgerkrieg. Angeblich durch argentinische Aufwiegler begünstigt, brach in Uruguay eine heftige Empörung aus und hat bereits ein blutiges Zusammenreffen zwischen den Regierungstruppen von Uruguay und den Aufständischen stattgefunden, in welchem die letzteren siegten. Für den nicht unbedeutenden deutschen Handel nach jenen Ländern, besonders mit Montevideo, ist diese Revolution auf alle Fälle ein harter Schlag.

### Tageschau.

Freiberg, den 3. April.

Wie das kaiserliche Statistische Amt zur öffentlichen Kenntniß bringt, hat sich bei der am 1. Dezember 1885 im Deutschen Reiche stattgefundenen Volkszählung ergeben, daß die ortsanwesende Bevölkerung des ganzen Reichs an jenem Tage 46 840 587 Köpfe betrug. Seit 1880 erfuhr dieselbe eine Vermehrung von 1 606 526 Köpfen, das macht einen Zuwachs von durchschnittlich jährlich 0,70 Proz. der mittleren Bevölkerung der Periode. In den 5 Jahren 1. Dezember 1875—80 hatte die Reichsbevölkerung sich überaus stark vermehrt, nämlich um 2 506 689 Köpfe oder durchschnittlich jährlich 1,14 Proz. der mittleren Bevölkerung; in den vier Jahren 1. Dezember 1871—75 um 1 668 568 Köpfe oder 1,00 Proz. Während der letzten Zählungsperiode ist daher die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme gegen diejenige der vorhergehenden um 0,44 Prozent, gegen diejenige von 1871—75 um 0,30 Proz. der mittleren Bevölkerung zurückgeblieben.

Im deutschen Reichstage sprach sich bei der gestrigen dritten Lesung des Sozialistengesetzes zunächst Abg. Kröber gegen das Gesetz aus, welches nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Volkspartei hemme und schädige. Der belgische Aufbruch habe ganz andere Ursachen, als man behaupte. Der bairische Bundesbevollmächtigte Ministerialrath Herrmann wies darauf die Behauptung zurück, daß das Sozialistengesetz auch andere Parteien schädige. Wenn die Sozialisten versuchten, unter fremder Flagge das Versammlungsverbot zu umgehen und dazu andere Parteien die Hand böten, so müsse freilich dagegen Front gemacht werden. Abg. Kalle wies aus den Aeußerungen der sozialistischen Parteiführer nach, daß dieselben für die Abschaffung der Ehe und die Aenderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, eventuell mit Gewalt, zu wirken suchten. Abg. Vamberger wandte sich gegen den Vorwurf des Reichskanzlers, daß die freisinnige Partei, bereits ehe sie in die Sitzung käme, wüßte, wie sie stimmen würde. Wo es sich um eine so wichtige Frage handle, müsse dies so sein. Man würde mit Recht diejenigen für oberflächlich halten, die erste